

**Kleine Anfrage****Markus Fuchs (AfD), Karsten Bletzer (AfD), Christian Rohde (AfD), Sandra Weegels (AfD)****Sicherheitsrisiken durch das Signalisierungssystem SS7 in Hessen****Vorbemerkung Fragesteller:**

SS7 ist ein Signalisierungssystem, über das Mobilfunknetze insbesondere Verbindungsaufbau, SMS-Zustellung, Roaming und Teilnehmererreichbarkeit steuern. Die hier relevante Sicherheitsproblematik betrifft vor allem ältere, vertrauensbasiert angelegte Signalisierungs- und Interconnection-Strukturen. Nicht gemeint ist, dass sämtliche Mobilfunkstandards in gleicher Weise auf SS7 beruhen: 4G/LTE nutzt im Kern Diameter, während für 5G-SA-Roaming mit SEPP/N32 eine stärker abgesicherte Architektur vorgesehen ist. Praktisch relevant bleibt die Thematik gleichwohl wegen fortbestehender Altstrukturen und Roaming-Beziehungen. Schwachstellen solcher legacy-basierten Signalisierungsstrukturen können unter bestimmten Voraussetzungen etwa Standortermittlungen, das Abfangen oder Umleiten von SMS, Kommunikationsinterzeptionen, Teilnehmerbetrug und Denial-of-Service-Angriffe ermöglichen. Die ENISA bewertet die Signalisierungssicherheit in diesem Bereich als Risiko mit mittlerem bis hohem Niveau. Ursache ist im Wesentlichen, dass diese Protokolle aus einer Zeit stammen, in der die heutige internationale, weit geöffnete Telekommunikationsumgebung und ihre Angriffsflächen noch nicht absehbar waren. Nach der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage sind den deutschen Mobilfunknetzbetreibern die Schwachstellen der SS7-Signalisierung bekannt; Sicherheitsvorkehrungen seien getroffen worden, die Bundesnetzagentur prüfe im Rahmen des Sicherheitskonzepts auch Gegenmaßnahmen, und bekannte Angriffe könnten mit SS7-Firewalls erkannt oder abgewehrt werden. Zugleich geht die Bundesregierung davon aus, dass SS7 in näherer Zukunft insbesondere wegen 2G-Roaming nicht vollständig abgelöst wird. Für Hessen stellt sich damit die Frage nach der landesbezogenen Relevanz dieser fortbestehenden Risiken

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welchen Kenntnisstand hat die Landesregierung zu Sicherheitsrisiken aus der fortbestehenden Nutzung von SS7 für Nutzer öffentlicher Mobilfunknetze in Hessen? (Bitte den allgemeinen Kenntnisstand und die Lageeinschätzung der Landesregierung darstellen.)
2. Welche seit dem 1. Januar 2020 bekannt gewordenen Vorfälle, Verdachtsfälle oder belastbaren Lagehinweise mit Bezug zu SS7 sind der Landesregierung für Hessen bekannt? (Bitte die Vorfallslage seit dem Stichtag mit Zeitraum, Anzahl oder Fallkategorien benennen.)
3. Welche Bereiche der Landesverwaltung, der Polizei oder des Katastrophenschutzes bewertet die Landesregierung im Hinblick auf SS7-bedingte Angriffe als besonders risikorelevant? (Bitte besonders betroffene Funktionsbereiche und die behördliche Risikobewertung benennen.)
4. Welche Vorgaben bestehen im Zuständigkeitsbereich des Landes für dienstlich genutzte mobile Endgeräte im Hinblick auf Risiken aus Standortermittlung, Kommunikationsabgriff oder SMS-Abfangen? (Bitte bestehende Vorgaben, Handlungsempfehlungen oder technische Schutzstandards darstellen.)
5. In wie vielen Verfahren der Landesverwaltung werden für besonders schutzwürdige Zugänge weiterhin SMS-basierte Multifaktorverfahren eingesetzt? (Bitte die Anzahl der betroffenen Verfahren oder zumindest eine aggregierte Größenordnung benennen.)

6. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung seit dem 1. Januar 2020 ergriffen, um Risiken aus dem Abfangen von SMS im eigenen Zuständigkeitsbereich zu verringern? (Bitte die seit dem Stichtag ergriffenen Maßnahmen mit Zeitraum oder Umsetzungsstand darstellen.)
7. Mit welchen Bundesstellen, Mobilfunknetzbetreibern oder weiteren zuständigen Stellen steht die Landesregierung zu Fragen der SS7-Sicherheit im fachlichen Austausch? (Bitte die beteiligten Stellen und die Form des fachlichen Austauschs benennen.)
8. Welche Informations- oder Beratungsangebote des Landes bestehen für Kommunen, Betreiber Kritischer Infrastrukturen oder landesnahe Einrichtungen in Hessen zu Risiken im Zusammenhang mit SS7? (Bitte bestehende Informations-, Sensibilisierungs- oder Beratungsangebote des Landes darstellen.)
9. Welche standortbezogenen Besonderheiten berücksichtigt die Landesregierung bei ihrer Risikobewertung für den Finanzplatz Frankfurt sowie für den Flughafen Frankfurt? (Bitte besondere Bewertungsmaßstäbe oder Schutzüberlegungen für diese Standorte darstellen.)
10. Welche weiteren Prüfungen oder Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung, um die Verwundbarkeit des Landes oder seiner Einrichtungen gegenüber SS7-bedingten Angriffen zu bewerten oder zu verringern? (Bitte geplante Prüfungen, beabsichtigte Maßnahmen und das weitere Vorgehen darstellen.)

Wiesbaden, 7. April 2026



(Markus Fuchs)



(Karsten Bletzer)



(Christian Rohde)



(Sandra Weegels)